

## Kommentar

# Entlasten

LKZ  
10/11.08

VON GÜNTER BÄCHLE

Für einen kreispolitischen Streit taugen die familienentlastenden Dienste nicht. Denn die Kreisräte müssen ein Interesse daran haben, dass Eltern mehrfach schwer geschädigter Kinder diese Last annehmen, statt ihren Nachwuchs in ein Heim zu geben. Die Pflege daheim ist allemal kostengünstiger auch für die öffentliche Hand, als die Betreuung in einer stationären Einrichtung.

Gemeinsam e.V. lobt ausdrücklich das sozialpolitische Engagement des Landkreises. Er versteht seinen Appell, die 120 000 Euro pro Jahr aus der Kreiskasse zu bezahlen, damit weiterhin die gleiche Summe vom Land kommt, nicht als Kritik. Aber er will informieren, wie belastet die Eltern von Kindern sind, die ein Leben lang wie ein Baby gepflegt werden müssen.

Trotzdem fällt auf, dass manchmal in der Kreispolitik ein Auseinanderklaffen von Worten und Taten droht. So wird die Arbeit mancher Einrichtung wie die eines Hospizes gelobt, aber gegeben wird nichts. Die Notwendigkeit, pflegende Familien zu entlasten, wird betont, doch beim Geld gab's schon kontroverse Debatten. In seiner Haushaltsrede lobte jüngst der Landrat, der Kreis habe im Regierungsbezirk Stuttgart mit 291 Euro Zuschuss pro Einwohner für den Sozialetat die niedrigste Belastung. Das kann durch eine effektive Arbeit kommen, aber auch durchs Weglassen von Leistungen. Der Spitzenwert in Euro muss nicht gleichzeitig den sozialpolitischen Spitzenplatz bedeuten.